

**Dr. Christian Ruck**

- (A) sondern als tiefgreifende Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

Dazu aber – das sage ich ausdrücklich an Sie gerichtet – müssen auch die Grünen zu irgendeiner Art von Infrastruktur bereit sein. Man kann nicht sagen, man wolle die Volkswirtschaft modernisieren, und zugleich auf jede Pipeline und neue Kraftwerke verzichten. In diesem Punkt müssen Sie sich bewegen. Wir werden diese Auseinandersetzung in den Diskussionen der kommenden Jahre führen, Frau Künast. Welche Pipelines dürfen wir Ihrer Meinung nach denn bauen?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bauen wir doch Volkskraftwerke! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genehmigen Sie in Bayern doch mal ein paar Windparks! Wie wäre es denn damit?)

Zweitens. Die **Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern** ist in der Tat von entscheidender Bedeutung. Das Desaster des Klimawandels spielt sich vor allem in den Entwicklungsländern ab, mit unabsehbaren Folgen auch für unsere Wirtschaft und für unsere Sicherheit. Deswegen ist es nicht nur ein Akt der humanitären Verantwortung, wenn wir diesen Ländern helfen; es geht auch um unsere Verantwortung gegenüber den eigenen Bürgern. Wir haben hier alle Möglichkeiten dieser Welt: beim Technologietransfer mit dem Ziel der Abkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, beim Aufbau eigener wissenschaftlicher Kapazitäten und eigener nachhaltiger Produktionsstätten, durch eine vernünftiger Landnutzung und ein besseres Landnutzungsmanagement, aber auch – in diesem Punkt warne ich vor Blauäugigkeit – beim Einfordern sozialer, wirtschaftlicher und politischer Reformen.

(B)

Drittens. Das gilt auch für den **Waldschutz**. Herr Trittin, wir haben in Den Haag bitter darüber gestritten, ob und wie wir den Waldschutz honorieren sollten. Seit dieser Zeit ist der Tropenwald weiter geschrumpft und damit die als CO<sub>2</sub>-Senke anrechenbare Fläche, die wir dringend benötigen, aber auch die tropische Schatzkammer der Welt. Dank Angela Merkel sind wir Vorreiter im Tropenwaldschutz, aber wir brauchen mehr Verbündete, die auch gegenüber den Menschen in den Entwicklungsländern die Leistungen des Waldes für die Welt besser honorieren. Das ist die einzige Chance, diese Schatzkammern und damit auch die CO<sub>2</sub>-Senken über die Zeit zu retten.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege, ich mache beim Stichwort „Zeit“ darauf aufmerksam, dass die Zeit leider auch für die Bewirtschaftung unserer Redezeiten ein gewisses Maß an Verbindlichkeit beansprucht.

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Deswegen komme ich zum berühmten letzten Satz.

(Ulrich Kelber [SPD]: Hoffentlich auch zu den ODA-Mitteln!)

– Lesen Sie bitte unseren Antrag.

(C)

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist da das Erschreckende!)

Es ist unbedingt notwendig, dass die internationale Unterstützung auch ankommt und dass die Mittel effizient eingesetzt werden. Wir brauchen keine neue UN-Superbürokratie und auch keine Blankoschecks. Wir brauchen aber die Beteiligung beispielsweise unserer bewährten NGOs und unserer Durchführungsorganisationen bei der Verteilung der Mittel. Die finanziellen Mittel, die wir generieren müssen, müssen wirklich da ankommen, wo sie gebraucht und effizient eingesetzt werden; sonst werden wir das Problem, vor dem wir stehen, nicht lösen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Der Kollege Kelber ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kern des Problems, über das wir sprechen, ist so einfach wie erschreckend: Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels halten nicht Schritt mit der Erkenntnis über die Gefahren der globalen Erwärmung.

Die Industriestaaten belauern sich gegenseitig. Man hat Angst, bei den Verhandlungen seine Ausgangsposition zu verschlechtern, wenn man konkrete Maßnahmen beschließt, sich zu konkreten Minderungszielen verpflichtet oder – eine kleine Ausnahme ist hier die Europäische Union – konkrete Finanzierungszusagen macht. Die Schwellenländer beobachten dies und nehmen immer mehr zur Kenntnis, dass sie Angst haben müssen, dass ihnen die gleiche Entwicklung wie in den Industrieländern verwehrt wird, was teilweise als ein Trick der Industrieländer angesehen wird. Die Entwicklungsländer stehen daneben und staunen: Sie, die nichts zum Klimawandel beigetragen haben, sollen jetzt verpflichtet werden, das Problem mit zu lösen, unter dem sie als Erste leiden. Dann lesen sie auch noch, dass die Mittel für den Klimaschutz die Mittel für Armutsbekämpfung begrenzen sollen.

(D)

Wir erleben, dass Lobbyisten weiter ihr Geld mit Geschäftspraktiken verdienen wollen, die dem Klima schaden, und damit doppelt rücksichtslos vorgehen: zum einen rücksichtslos gegenüber kommenden Generationen, die weniger an Lebensqualität haben werden und die Kosten für das zu tragen haben, was schon heute an Schäden vorhanden ist, und zum anderen rücksichtslos gegenüber anderen Weltregionen. Vorhin ist das Beispiel von Texas und Afrika genannt worden. Leider ist das Beispiel auch für Deutschland passend: 1 Milliarde Afrikaner verursacht weniger Treibhausgasemissionen als 80 Millionen Deutsche. – Das zeigt die Dimension, über die wir uns unterhalten.

Ulrich Kelber

- (A) Die Stärke Deutschlands in der internationalen Klimaschutzdiplomatie lag darin, dass wir in diesem Parlament mehr und mehr zu einem gleichen Problembewusstsein gefunden haben und dass wir mehr und mehr zu einer gemeinsamen Erkenntnis über die Zielsetzungen, die notwendig sind, um das Problem in den Griff zu bekommen, gekommen sind. Diese breiten Mehrheiten gab es nicht von Anfang an. Aber dass wir jetzt als Ziel festgelegt haben, die **CO<sub>2</sub>-Emissionen** um 40 Prozent zu senken, zeigt die Stärke Deutschlands. Das würde auch anderen Ländern guttun.

Wir haben trotz des Streits über die unterschiedlichen Sichtweisen erste Maßnahmen ergriffen und erste internationale Finanzverpflichtungen übernommen. Ergebnisse dessen waren der Technologievorsprung – das war gut für uns – und die Glaubwürdigkeit in der internationalen Klimaschutzdiplomatie. Das hat es ermöglicht, mit den Entwicklungs- und Schwellenländern zu sprechen. Genau diese beiden Dinge aber, **Technologievorsprung** und Glaubwürdigkeit, sind jetzt in Gefahr. Das sagt Ihnen nicht nur die Opposition im Bundestag. Das hat im letzten Monat der Rat für Nachhaltigkeit der Bundesregierung konstatiert.

- (B) Ich will das an dem Beispiel der technologischen Führerschaft deutlich machen. Wir hatten in einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vereinbart, die deutsche Energieproduktivität, die Energieeffizienz und die -einsparung jährlich um 3 Prozent zu steigern. In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie vereinbart, von diesem Ziel abzurücken und sich mit dem zu begnügen, was uns die EU als Minimum vorschreibt. Das ist der Punkt: Sie stützen Deutschlands Technologieführerschaft an dieser Stelle auf Mittelmaß. Das verspielt Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Schlimmer ist aber, was mit der Zusage von internationalen Finanzmitteln zur Bekämpfung von Armut und zur Bekämpfung des Klimawandels passiert. Das muss man hier öffentlich sagen. Wir haben einen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der dieses Ministerium eigentlich abschaffen wollte. Dann ist er aber Minister dieses Ministeriums geworden. Seine erste Maßnahme war, überschrittenheischend zu sagen: Die technische Zusammenarbeit mit den Schwellenländern, mit denen ich in Kopenhagen ein Abkommen schließen will, kündige ich auf.

(Zuruf von der SPD: Grandiose Leistung!)

Gestern zieht er den Antrag der Koalition mit zurück und präsentiert einen neuen, und zwar, wie wir gehört haben, mit seiner Handschrift – das ist vorhin von Rednern der Koalition gesagt worden –, in dem steht, dass die Mittel für den Klimaschutz bei der Bekämpfung der Armut den ärmsten Ländern abgezogen werden. Nichts anderes heißt das, wenn die Mittel für den Klimaschutz der **ODA-Quote** zugerechnet werden. Dieses Geld nehmen Sie den Ärmsten weg. Das macht der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das ist eine Schande für Deutschland.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Schade, dass die Bundeskanzlerin nicht mehr da ist. Sie hat am 30. Januar 2009 in einer Rede das Gegenteil versprochen. Sie hat gesagt: Wir wollen diese Zusagen einhalten. Wir wollen Enttäuschungen in den Ländern vermeiden, „denen wir mit unseren Millenniumszielen viele Versprechungen und Zusagen gemacht haben“. Diese Zusage wird heute, wenn dieser Antrag eine Mehrheit bekommt, gebrochen.

Sie haben etwas anderes versprochen. Sie haben im Kioto-Protokoll zugesagt, neue und zusätzliche Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht durch Abzug von Mitteln aus der Entwicklungszusammenarbeit. In diesem konkreten Teil handeln Sie falsch, Herr Minister Röttgen. Da hat Ihnen Herr Niebel die klimapolitischen Hosen heruntergezogen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein gefährliches Signal für Kopenhagen. Das ist ein klarer Bruch des Versprechens gegenüber den Ärmsten dieser Welt. Ich fordere Sie auf, heute wenigstens diesen Punkt aus Ihrem Antrag zu streichen. Sie verabschieden sich von dem Konsens, der in diesem Parlament und in der deutschen Gesellschaft über viele Jahre galt. Sie brechen Ihre Versprechen, die Sie noch vor wenigen Monaten der ganzen Welt laut verkündet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dirk Niebel**, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kelber, vielen Dank für die nette Vorlage. Ich kann Ihnen versichern, dass das gesamte Kabinett die Hosen anlassen wird.

Wir alle wissen, dass der Klimaschutz eine globale Herausforderung ist, und wir wissen vor allen Dingen auch, dass insbesondere die Entwicklungsländer betroffen sind. Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit sind überhaupt nicht voneinander zu trennen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist eine Binsenweisheit!)

Beides sind integrale Bestandteile der Aufgaben, die diese Bundesregierung zu leisten hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Und deswegen verringern Sie die Geldmenge!)